

Gabi Gärtner
Solingen AKTIV, 2.2.12

Stichpunkte zu Alternativenbetrachtung SWS, Ratssitzung am 2.2.2012

Keine weitere Zusammenarbeit mit MVV. Zusammenarbeit in den Folgen für die Bevölkerung nicht die gewünschten Effekte gebracht (200 Arbeitsplätze vernichtet, Strom/Gaspreise nicht stabil, Renditeforderungen werden erhöht auf off. 8,5%, Gewinne fließen aus Solingen ab. Kein Beitrag zur Finanzierung ÖPNV.

Es wurden viele Verhandlungen geführt, auch bezüglich Löschwasservertrag. Außer kleinen Zugeständnissen ist keine Änderung an der Grundlinie zu erwarten. Die MVV wird zwar zu erheblichen Anteilen von öffentlicher Hand gehalten. Sie ist aber eine Aktiengesellschaft und als solche inzwischen zum 5-größten Energiekonzern in Deutschland, nach den vier Energieriesen RWE, Eon, EnBW und Vattenfall geworden. Das wird man in dieser Gesellschaft nicht, ohne konsequent Renditeziele durchzusetzen. Das haben wir hier in Solingen auch zu spüren gekriegt.

Eine weitere Kooperation mit MVV würde weitergehendere Schritte einer regenerativen, dezentralen und eigenständigen Energieversorgung verhindern. Die gesamte Energieversorgung läuft bisher über eine MVV-Tochter, was mit der profitabelste Bereich ist. Selbst wenn es Änderungen bei Verträgen, Teilrückkauf und ähnliches gibt, wird die MVV darauf bestehen, dass dieser Bereich bei ihr verbleibt. Möglichkeiten wie Umbau/Ergänzung Talsperren zu Pumpspeicherkraftwerken (dezentral, regenerativ, durchaus auch gewinnträchtig) werden so verbaut. Auch bezüglich Ausbau Elektromobilität durch MVV klare Absage, in Solingen auszubauen.

Atomkraft Chance nutzen. Genau die zehn Jahre, die die Zusammenarbeit mit MVV noch dauern soll laufen neun AKW – völlig unverantwortlich - weiter. Auch in Solingen breite Bewegung dagegen. Auch bereits Unterschriftensammlung an sie Herr OB übergeben worden. Wenn wir jetzt neue Kooperationen schließen, ohne diesen Punkt zu berücksichtigen, werden wir weitere Vertragslaufzeiten daran gebunden sein. Deshalb dieses Kriterium für weitere Verhandlungen unbedingt aufnehmen!

CDU-Antrag: Rekommunalisierung oder Teilrekommunalisierung ohne strategischen Partner wird verworfen. Bisher Weigerung die Möglichkeiten dafür zu prüfen, jetzt soll das wieder verhindert werden. Wir behauptet „Solingen habe das Sagen als Mehrheitseigner“ Das unter Beweis stellen!

Verträge offen legen. Diese sind selbst das stärkste Argument auch vorzeitig auszusteigen.

CDU stellt mit Panikmache völlig auf den Kopf, worum es eigentlich geht. Nämlich darum, dass Energiesparten der Stadtwerke profitables Geschäft sind und deshalb massiv u.a. von BDI gefordert wird, diese für den freien Markt zu öffnen. BDI 2007: *„Der BDI ist der Auffassung, dass die wirt-*

schaftliche Betätigung der öffentlichen Hand im Grundsatz unzulässig ist. Dieser Grundsatz darf nur ausnahmsweise für einen eng zu definierenden öffentlichen Zweck durchbrochen werden. Denn ein allein auf Gewinnstreben ausgerichteter Wirtschaften des Staates widerspricht dem Grundgesetz.

Gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand spricht auch, dass private Unternehmer einen wesentlichen Teil ihrer Erträge als Steuern an den Staat abführen müssen. Sie dürfen daher erwarten, dass der Staat nicht zusätzlich als Wettbewerber gegen sie auftritt. Darüber hinaus ist der Wettbewerb der privaten Unternehmen mit den Unternehmen der öffentlichen Hand nicht chancengleich. Die öffentlichen Unternehmen nehmen in der Regel Vorteile in Anspruch, die sich private Unternehmen nicht erwirtschaften können.“ (BDI-Präsident Thuman)

Strategische Partner, Hauptziel, Geld raus zu ziehen.

Völlig falsche Darstellung, als ginge es um Daseinsfürsorge. Muss aufhören, dass diese, ebenso wie Bildung, Umweltschutz, Kommunikation und Verkehr Profitmaximierung und Monopolinteressen unterworfen wird. Mit heutigem Beschluss können wir Kapitalismus nicht abschaffen, aber Zeichen setzen, dass wir diese Logik in Bezug auf SWS nicht mitmachen, und uns auch nicht davon einschüchtern lassen. In diesem Sinne war letzter Ratsbeschluss richtig, aber dieser Weg muss weiter begangen werden.

Rekommunalisierung und betrieben in kommunaler Regie mit verschiedenen Partnern ist möglich! Das zeigen die in dieser Woche in Solingen referierten Erfahrungen aus Ulm, aber auch Erfahrungen in Bergkamen. Hier waren Teile der Stadtwerke (Müll abfuhr, Wasserversorgung) privatisiert und wurden rekommunalisiert. Das lief ohne die von der CDU an die Wand gemalten dramatischen Auswirkungen („stand alone“) und die Gebühren für die Müllabfuhr haben sich seitdem sogar verbilligt. In Ulm wurden Arbeitsplätze geschaffen von 850 auf 1120. In Solingen Schwarberg als Geschäftsführer Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen nie unterschrieben! MVV baut auch bundesweit Arbeitsplätze ab.

Horizontale Kooperation. Energiegenossenschaften, Mischform. Ist aber mit MVV ausgeschlossen, wollen alles noch mehr an sich ziehen, zumindest bei entscheidenden Bereichen. Keine Abhängigkeit, aber auch nicht alleine bewältigen. Nicht Illusion, Problematik Marktdruck usw. dadurch auszuschalten.

BET: Verbesserungen MVV gescheitert. Deshalb will CDU nicht mehr als weiteren Berater aufstellen. Ganz klar durchsetzen des die ganze Zeit vertretenen Standpunktes.

Wertschöpfungskette in ganzer Bandbreite in Solingen halten. Energiebeschaffung z.B. in Ulm aus erster Hand. Vor allem Netze von Bedeutung. Netze halten, vor allem die letzten Meter und direkte Dienstleistung gegenüber dem Endkunden von Bedeutung.

Selbst wenn 10% iger Aufpreis (Konsortialvertrag), würde sich lohnen, wenn Gewinne in Solingen verbleiben bzw. wir nicht alleine für Verluste Verkehrsbereich aufkommen müssen, Löschwasservertrag wegfiel usw.

Schneider bereits abgezogen bei Verhandlungen um Änderungen Löschwasservertrag.

Problematik wirft im übrigen zahlreiche grundlegende Kritikpunkte auf

- keine wirkliche Bürgerbeteiligung und Volksentscheide – direkte Demokratie in Deutschland extrem unterentwickelt
- Verträge geheim und keine Möglichkeiten für Bürgerschaft einzusehen, damit Bürgerbeteiligten fundamentlos
- Prozess, Daseinsvorsorge Finanzinteressen zu unterstellen bzw., die Bereiche für kapitalistischen Markt zu öffnen, aus denen Gewinne zu erzielen sind.

Weiteres Material:

Informationsfreiheitsgesetz NRW § 8
Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen

Der Antrag auf Informationszugang ist abzulehnen, soweit durch die Übermittlung der Information ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart wird und dadurch ein wirtschaftlicher Schaden entstehen würde. Entsprechendes gilt für Informationen, die wegen ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung im öffentlichen Interesse geheimzuhalten sind. Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn die Allgemeinheit ein überwiegendes Interesse an der Gewährung des Informationszugangs hat und der eintretende Schaden nur geringfügig wäre. Im Zweifelsfall ist der oder dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Betroffen sein kann auch eine öffentliche Stelle.

Bereits am 8. Juli 2010 hatte das [Abgeordnetenhaus von Berlin](#) das „Zweite Gesetz zur Änderung des Berliner [Informationsfreiheitsgesetzes](#) (IFG)“ beschlossen, wodurch das Akteneinsichtsrecht erleichtert wurde: Die öffentlichen Stellen haben sich dazu verpflichtet, Verträge mit Unternehmen, die *Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erbringen*, von Amts wegen zu veröffentlichen – sofern ein öffentliches Informationsinteresse daran besteht.^[14]

Gegenargument: Das bereits bestehende [Informationsfreiheitsgesetz](#) (IFG) gehe weiter als der zur Abstimmung gebrachte Gesetzentwurf: Darin ist geregelt, dass Verträge veröffentlicht werden müssen, wenn das Informationsinteresse das private Geheimhaltungsinteresse überwiegt.

Der Volksentscheid wurde mit 678.507 Stimmen angenommen. Es musste die Mehrheit – und zugleich mindestens ein Viertel der rund 2,5 Mio. Wähler

ler - mit „Ja“ stimmen. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 27,5 %, die Mehrheit von 98,2 % der Teilnehmer stimmten mit Ja. Damit war das Quorum von 25 % der Stimmberechtigten, die zustimmen mussten, ebenfalls erreicht.^[24]

Zeitung für kommunale Wirtschaft 4/2009 zu Technische Werke Friedrichshafen (TWF): „Bürgermeister Weiss, mit 24 Amtsjahren und viel regionaler Kooperationserfahrung bei der Daseinsvorsorge in den Bereichen Verkehr, Trinkwasser und Abwasser im Rücken, spricht vom Gestaltungswillen und von Standortkonkurrenz. Starke Stadtwerke seien für die Gemeinden wirtschaftlich ein Gewinn, wie sich in den Nachbarstädten Friedrichshafen und Ravensburg sehen lasse. In Friedrichshafen etwa können die TWF neben 3,1 Mio. Konzessionsabgabe und 0,4 Mio. € Gewerbesteuerzahlung noch 1,3 Mio. € Verluste von Parkhäusern und Stadtbusbetrieb abdecken und zusätzlich 1,5 Mio. € Überschuss erwirtschaften - gegenüber einer Fremdversorgung ein Plus von 2,8 Mio. €. Angesichts der Erfahrungen beim eigenen Unternehmen - „wir wollen für die Stadt Friedrichshafen die rentabelste Geldanlage sein“ - ist Müllner überzeugt, dass die Besten beim Netzbetrieb auch unter den Bedingungen der Anreizregulierung gesetzlich garantiert eine rentenartige Verzinsung erzielen werden. Und wenn das nicht bei einem Regionalwerk auf der grünen Wiese gelänge, „machten wir was falsch“. Im Übrigen wäre später auch ein regionaler Netzverbund noch denkbar. Im Westen grenzen die Stadtwerke Überlingen ans TWF-Gebiet, im Osten die Stadtwerke Lindau, und alles sind konzernfreie kommunale Unternehmen. Bürgermeister Weiss weist darauf hin, das Regionalwerk sei offen für weitere Partner, die sich ebenfalls im kommunalen Bereich neu orientieren wollen, und würde sich, wenn Augenhöhe hergestellt sei, auch größeren regionalen Lösungen nicht verschließen.

Solingen AKTIV, 2.2.2012
Gabi Gärtner

Ratssitzung am 2.2.2012

Redebeitrag zum TOP verkaufsoffene Sonntage

SOLINGEN AKTIV lehnt auch in diesem Jahr wieder die verkaufsoffenen Sonntage ab. Unserer Meinung nach bringen diese keine wirklichen Umsatzsteigerungen für den Solinger Einzelhandel, sondern verschieben die Umsätze nur auf das Wochenende. Die Menschen haben durch Sonntagsöffnungszeiten nicht mehr Geld in der Tasche.

Es ist gut, dass die Vorlage nicht alle Möglichkeiten ausschöpft und statt 20 nur 8 verkaufsoffene Sonntage vorschlägt.

Wenn festgestellt wird, dass weder für die Stadt, noch für Dritte dadurch Kosten entstehen, so müssen wir aber feststellen, dass verkaufsoffene Sonntage auf Kosten der Beschäftigten im Einzelhandel – zu fast 70% Arbeitnehmerinnen – und deren Familien gehen, die durch die extreme Ausweitung der Ladenöffnungszeiten – vor allem bei Ketten, Lebensmittel – ohnehin enorm belastet sind.

Auch wenn diese Position über die Jahre hinweg von Solingen AKTIV gleich weg eingenommen wird, so gibt es doch jedes Jahr auch neue Argumente gegen die Sonntagsladenöffnungszeiten. Besonders gewerkschaftliche Argumente für uns wichtig.

Bei letzter Bürgerfragestunde ein Bürger aber auch auf christlichen Aspekt hingewiesen, den Sonntag als Ruhetag einzuhalten, was sicherlich für viele auch relevant ist.

In diesem Zusammenhang wurde die Problematik erneut breit diskutiert. Völlig berechtigt wird ausgehend von dieser Diskussion auch in anderen Städten diese Thematik neu durchdacht.

Für die Gewerkschaft Verdi ist inzwischen nach gewiesen, dass „die Branche insgesamt nichts gewinnt“. Stattdessen würden sich die Unternehmen nur gegenseitig Umsätze abjagen – zu Lasten kleinerer Firmen und auf Kosten derjenigen Mitarbeiter, die Familie und Beruf vereinbaren müssten.“

Fünf Jahre nach seiner Liberalisierung steht das [Ladenöffnungsgesetz](#) derzeit wieder auf dem Prüfstand. Und vieles deutet darauf hin, dass SPD und Grüne die Lockerung des Ladenschlusses zurückfahren könnten. Aber auch CDA, Arbeitnehmerflügel Cdu diskutiert weitere Einschränkung (NRW)

„Die Zahl der Sonntagsöffnungen ist enorm ins Kraut geschossen“, beklagt Daniela Schneckenburger, wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag. Mit der Eindämmung der Sonntagsöffnung sollen die Familienkultur und die Freizeit wieder mehr Raum bekommen und die Arbeitnehmer vor der Ausweitung der Sonntagsarbeit geschützt werden, betont die Grünen-Politikerin Schneckenburger.

Für die abhängig Beschäftigten im Einzelhandel bedeutet eine weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

- ein weiterer Abbau von geschützten und geregelten Arbeitsplätzen; eine weitere Leistungsverdichtung;
- eine familienfeindliche und gesundheitsgefährdende Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit; vor allem Frauen sind davon betroffen
- erschwerte Bedingungen, um mit ÖPNV-Mitteln von der und zur Arbeit zu pendeln;
- weitgehender Ausschluss von sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten aus dem Vereins- und Organisationsleben.

Ich werde für SOLINGEN AKTIV also gegen die Vorlage stimmen.

Zuletzt noch – auch in 2012 wird die Attraktivität und der Besucherandrang der Solinger Straßenfeste nicht darunter leiden, wenn nicht parallel auch die Geschäfte geöffnet sind.

Vielen Dank!

Redebeitrag zum Thema „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ der Ratsitzung vom 15.03.2012

Solingen AKTIV unterstützt, dass die Konsolidierungshilfe des Landes NRW aus dem "Stärkungspakt Stadtfinanzen" beantragt wird. Es ist gut, dass die bisherige Landesregierung überhaupt einmal mit Hilfen für die Kommunen begonnen hat – auch wenn wir ihn für völlig unzureichend halten. Vom ersten Paket bekamen nur 10% der Kommunen etwas ab.

Solingen AKTIV lehnt allerdings ausdrücklich das offene Erpressungsmanöver des Landes durch den Stärkungspakt ab: Denn das Geld gibt es nur als Gegenleistung für einen radikalen Haushaltssanierungsplan - also ein verschärftes Haushaltssicherungskonzept bis zum Jahr 2021. Das wird allerdings heute nicht beschlossen, weshalb wir heute, wo es um den Antrag auf Finanzhilfen geht - zustimmen können. Wir fordern von der neuen Landesregierung, diese Erpressung zurückzunehmen und die Gelder ohne Bedingungen und Daumenschrauben den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht sein, dass „Hilfe“ – und um nichts anderes geht es ja eigentlich – damit verbunden wird, die Kommunen und ihre Ausgaben – v.a. die freiwilligen und sozialen – einem noch schärferen Aufsichtsregime zu unterwerfen.

Auch die heutigen Reden im Rat unterstreichen, dass hier ein Prozess nach dem Motto „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ eingeleitet wird:

- Die Kommune soll sich unter verschärfte Zwangsverwaltung der Landesregierung stellen, aus Angst vor dem „Sparkommissar“ des Regierungspräsidiums.
- Es wird an allen Ecken gespart aus Angst, sonst könne man genau dazu gezwungen werden.
- Wir geben immer weitere Teile unserer kommunalen Selbstverwaltung ab, aus Angst sie bald ganz zu verlieren.

Pressemeldungen verdeutlichen schon, wohin die Reise in Solingen geht: Zu den 43 Mio., die als Sparziel bis 2013 schon geplant sind, sollen dem Vernehmen nach noch einmal drei Millionen Euro weggekürzt werden: Es wird eine Entscheidung erzwungen, ob das Birker Bad oder das Hallenbad Vogelsang aufgegeben wird, weitere Reduzierung der Schul- und Verwaltungsgebäude sind vorgesehen, sowie weitere Kulturkooperation und damit Einschränkungen.

Wir halten es für eine Illusion, dass dadurch die kommunale Finanzautonomie und Handlungsfähigkeit wieder erreicht werden kann. Das strukturelle Defizit im Haushalt durch steigende Sozialausgaben, sinkende Steuereinnahmen (Gewerbsteuer) sowie wachsende Abwälzung von Ausgaben auf die Kommunen... ist auch durch den Stärkungspakt nicht zu lösen. Es ist ja auch nicht so, dass bisher „gute Erfahrungen“ damit gemacht wurden. Das so genannte Sparen hat die Lebensqualität in Solingen (Vereine, Grünflächen, Schwimmbäder...) erheblich eingeschränkt, aber die Stadtfinanzen verschlechtern sich seit Jahren weiterhin.

Darüber hinaus ist höchst problematisch, was die hier offenkundig werdende Politik gegenüber den Kommunen grundsätzlich bedeutet. Als Kommunalpolitiker sollten wir uns mit den Ursachen beschäftigen, statt von vorne herein den angeblich alternativlosen Vorgaben zu beugen.

-Abwälzung der Krisenlasten der Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die in Bezug auf Bundes- und Landes durch Schuldenbremsen begrenzt werden auf die Kommunen. Schon vielfach ist die Zahl hier genannt worden, welche immensen Kosten (26 Mio. Im Jahr) Bund und Land in den letzten Jahren auf die Stadt SG abgewälzt haben. Die Sozialkosten

explodieren und das angebliche „Jobwunder“ bedeutet auch für Solingen, dass mindestens jeder 4. Beschäftigte im Niedriglohnbereich arbeitet. Erheblichen Anteil diese Kosten zu tragen, haben die Kommunen. Die finanzielle Einnahmensituation vieler Kommunen hat sich zwar verbessert, aber die Kassenkredite der Kommunen sind auf einem neuen Rekordniveau. So heißt es in der aktuellen Ausgabe des „Städtetag aktuell“: *„Die Finanzlage vieler Städte ist immer noch sehr angespannt. Die Kassenkredite haben 2011 eine neue Rekordhöhe von 44,3 Milliarden Euro erreicht. Diese strukturelle Notlage von vielen Städten trotz eines harten Konsolidierungskurses hat direkte Auswirkungen auf die Infrastrukturangebote und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger“, mahnte Ude (Präsident des deutschen Städtetags). Die starke regionale Konzentration der Kassenkredite zeige, dass die Schere zwischen armen und reichen Städten weiter auseinander gehe. „Die Städte müssen die Möglichkeit haben, ihre Haushalte zu konsolidieren, ohne die Infrastruktur und das Angebot an wichtigen Dienstleistungen zu vernachlässigen. Angesichts der Schuldenbremse dürfen die Kommunen in Zukunft keinesfalls zum Ausfallbürgen für die leeren Kassen von Bund und Ländern werden.“* (1/12)

-Stärkere Abhängigkeit von Spekulation und Erpressung durch Banken und andere Geldgeber (Basel III.) und immer stärkere Umwandlung von kommunalem in Bankkapital. Was in der Beschlussvorlage steht ist schon ein Hammer: *“Die Kreditinstitute, die bisher als Darlehensgeber für Kassenkredite aufgetreten sind, beobachten, alarmiert durch Euro-Krise und Staatsverschuldungsdebatte, mittlerweile auch den kommunalen Bereich zunehmend kritisch und verfolgen sehr interessiert das Verhalten der einzelnen betroffenen Kommunen zum Stärkungspaktgesetz. Eine Nichtbeteiligung am Stärkungspakt trotz Erfüllung der formalen Kriterien wird zu einem weiter reduzierten Angebot an Kassenkrediten zu deutlich erhöhten Zinssätzen (“Risikoaufschlägen”) führen.”* (Vorlage 1876, S.2) Das bedeutet, die Kommunen werden durch steigende Sozialkosten, Abwälzung von Aufgaben des Bundes und Landes, enorme Zinszahlungen in eine schier ausweglose Verschuldung getrieben – von der die Banken am meisten profitieren. Diese mischen sich jetzt aber sogar noch direkt politisch ein und „beobachten“, bzw. erpressen uns, ob wir die Lasten dieser Verschuldung auch „hart“ genug auf die Bevölkerung abladen. Diese immer offenere Unterordnung aller Bereiche unter das Diktat des Finanzkapitals ist sicher gesellschaftlicher Mainstream, was nicht heißt, dass wir uns das widerstandslos gefallen lassen müssen. Über die Parteigrenzen hinweg, sollte jeder Kommunalpolitiker eine solches Diktat der Banken gegenüber der Politik in den Kommunen ablehnen. Selbst der CDU-Politiker Wiegand, Finanzminister in Schleswig Holstein fordert inzwischen *“dass sich die öffentlichen Finanzen “unabhängiger von der Zinsentwicklung der Kapitalmärkte machen müssen”* und fordert eine Altschuldenregelung, v.a. um Land und Kommunen von den enormen Zinszahlungen zu entlasten. Die Hoffnung, durch den Stärkungspakt den Haushalt zu sanieren, wird aktuell übrigens doppelt illusorisch: Mit Auflösung des Landtags NRW ist vollkommen ungewiss, ob der Stärkungspakt von der neuen Landesregierung überhaupt fortgesetzt wird – schließlich war der Stein des Anstoßes, der zur gestrigen Auflösung des Landtrages geführt hat der Haushalt, in den die Mittel für den Stärkungspakt Finanzen eingestellt sind! Und zweitens steht sogar in der Beschlussvorlage, *“dass die Finanzierung der zweiten Stufe noch nicht gesetzlich geregelt ist...dass die Landeshilfen vollständig über eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz finanziert werden.”* (S. 2 unten). Warum sollten wir in voraus eilendem Gehorsam drastischen Kürzungen zustimmen, wenn unklar ist, ob eine wirkliche Stabilisierung auch eintritt? Was schlägt Solingen AKTIV vor?

- Natürlich treten auch wir aktiv für Landeshilfen für unsere Stadt ein
- Mit den Haushaltsberatungen werden wir wie immer konstruktiv Vorschläge zu einer grundlegend anderen Haushaltspolitik einbringen, die nicht auf Kosten der

einfachen Menschen, der Masse der Bürgerinnen und Bürger geht. Wir haben auch nichts gegen Konsolidierung – z.B. auf Kosten der Rendite der MVV, den Löschwasservertrag, die Kosten für die Fraktionen und Dienstwagen, bei den drastischen Zinszahlungen der Stadt (voraussichtlich mindestens 51 Mio. bis 2013) usw. usf.

- Die wirtschaftliche Kraft der städtischen Beteiligungen müssen der Stadt zu Gute kommen. Das gilt für die Stadtparkasse Solingen – aber hoffentlich bald auch die Stadwerke Solingen: Denn wenn ernsthaft an einer (Teil)rekommunalisierung gearbeitet wird, könnten auch aus dem Energiebereich bald Gewinne an die Stadt fließen.
- Aktuell möchte ich auf einen wichtigen Punkt hinweisen, den man heute nicht weglassen kann, wenn es um die kommunalen Finanzen geht. Auch das gehört zum Thema, auf wessen Kosten „gespart“ wird: Tausende Beschäftigte des kommunalen öffentlichen Dienstes stehen derzeit in Warnstreiks der Tarifrunden für 6,5% mehr Lohn. Ich finde diese Forderungen völlig berechtigt. In den letzten 10 Jahren sind die Verdienste im öffentlichen Dienst laut Arbeitsministerium von NRW um 8,5% gesunken. Verdi weißt auch zurecht darauf hin, dass der Reichtum in Deutschland pro Sekunde um 6.600 Euro wächst. Würde dieser Reichtum der Gesellschaft zu Gute kommen, könnte eine Lohnerhöhung von 6,5 Prozent „aus der Portokasse“ finanziert werden. Herr Feith, ich hatte sie gebeten, diese Thema heute auf die Tagesordnung zu setzen und uns Ratsmitgliedern die Erklärung zukommen zu lassen, die die Gewerkschaftsvertreter ihnen geschickt haben. Leider haben sie beides nicht gemacht. M.E. widerspricht es nicht der Tarifautonomie, wenn wir uns als Stadtrat mit einem Thema beschäftigen, das Tausende SolingerInnen mit ihren Familien unmittelbar betrifft. Solingen AKTIV unterstützt auf jeden Fall die Forderungen und Streiks der Gewerkschaft verdi!

Natürlich begrüßen wir grundsätzlich eine stärkere Bürgerbeteiligung zum Haushaltsplan - aber nur wenn es eine Bürgerbeteiligung ist mit tatsächlichen konstruktiven Beteiligungsrechten ist, nicht nur eine Mogelpackung wie vor zwei Jahren. Wir werden diesmal aufrufen, sich aktiv zu beteiligen, gegen die Vorschläge auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Daseinsfürsorge zu stimmen und eigene Vorschläge zu machen – natürlich verbunden auch mit Protest über eine Internetabstimmung hinaus!

Herr OB, sie haben diese Diskussion mit ihrem Karnevalsmotto vor einigen Wochen bereits eingeläutet *”ja wir spar’n an vielen Sachen, haben trotzdem jet zu lachen, und nur so kann’s wieder aufwärts geh’n”*.

Die Montagsdemo Solingen begleitete dagegen als Fußtruppe den Rosenmontagszug, verkleidet als Vampire und Widerständler unter dem Motto “Sparen... BISS zum Widerstand”

In diesem Sinne werden wir auch nach Karneval aktiv bleiben!

Redebeitrag zum Thema „Schulschließungen (Hauptschule Ohligs und Krahenhöhe)“ der Ratssitzung am 24.05.2012

Solingen AKTIV stimmt, wenn auch mit Bauchschmerzen, beiden Vorlagen zu. Es ist Fakt, dass immer weniger Schüler und Eltern die Schulform der Hauptschulen auswählen. Zustimmung können wir deshalb, weil mit den Vorlagen zugleich ausdrücklich und entgegen unserer bisherigen Befürchtungen, die beiden Gebäude mitsamt den Sporthallen erhalten bleiben. Schulraum soll bis auf weiteres nicht aufgegeben werden, da er anderweitig genutzt werden könnte.

Das war in den bisherigen HSK-Maßnahmen zu diesen beiden Hauptschulen, die wir abgelehnt hatten, nicht eindeutig festgeschrieben.

Wir hätten allerdings besser gefunden, diesen Beschluss zu fassen, wenn fest steht, wie die Schulgebäude zukünftig genutzt werden – inklusive der Sporthallen. Gerade die Hauptschule Ohligs ließe sich aufgrund der räumlichen Nähe gut für eine Erweiterung der Geschwister-Scholl-Gesamtschule nutzen.

So bleibt durch den heutigen Beschluss die Gefahr bestehen, dass die Gebäude letztlich doch wegfallen.

So bedeuten die Vorlagen, dass zwei Schulen geschlossen werden bzw. keine neuen Eingangsklassen mehr bilden dürfen, ohne dass eindeutig klar ist, dass und wie die frei werdenden Raumkapazitäten für den nach wie vor hohen Raumbedarf der Solinger Schulen, v.a. Gesamtschulen erfüllt wird.

An Sporthallen für alle Schulen und Vereine gibt es in Solingen einen erheblich gestiegenen Mangel, der nicht aus „Spargründen“ verstärkt werden darf.

Die Eltern können in Zukunft viel stärker entscheiden, wo ihre Kinder beschult werden. Etliche Eltern von Kindern an Förderschulen, bestehen derzeit darauf, dass ihre Kinder an Gesamtschule, Realschule oder Hauptschule wechseln. Das bedeutet, dass dort die Schülerzahlen steigen werden und andererseits kleinere Klassen gebildet werden müssen, damit Inklusion überhaupt möglich wird. Verlässliche Prognosen sind deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Wieviel Schulraum wo gebraucht wird, lässt sich jetzt kaum abschätzen und soll deshalb offengehalten bleiben.

In Bezug auf den „Abschied“ von der Schulform Hauptschule steht Solingen AKTIV weiterhin dafür, weiter zu überprüfen, inwieweit sie für eine Erweiterung des Gesamtschulangebots genutzt, entsprechend „überführt“ werden können.

Die Hauptschulen Höhscheid und Central hatten sich mal Gedanken zur Gemeinschaftsschule gemacht, daran sollte angesetzt werden. Die Hauptschule Höhscheid bietet schon seit langem inklusive Beschulung (Behinderte und Nichtbehinderte in einer Klasse) an – was ausgebaut werden sollte.

Es muss jetzt erst einmal ein Schulentwicklungsplan erstellt werden, der die tatsächlichen Schülerzahlen berücksichtigt und die neue Gesetzeslage, die durch die Inklusion sich ergibt. Hier ist anzumerken, dass dieser bald der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte, wie das auch heute in der Bürgerfragestunde nachgefragt/gefordert wurde.

Deshalb sollten nach Meinung von Solingen AKTIV auf keinen Fall abschließend Schulgebäude aufgegeben werden, sondern vor allem die Möglichkeiten für eine 4. Gesamtschule oder auch Erweiterung der bisherigen geprüft werden.

Anmerken möchten wir noch, dass auch bei Schließungsbeschluss der Einsatz der Lehrer an diesen Schulen gewürdigt werden sollte. Die geringen Anmeldezahlen gehen bestimmt nicht auf deren mangelndes Engagement zurück, sondern auf die Schulform und auch die Schließungsbeschlüsse, die natürlich objektiv auch davon „abraten“, die Schüler noch auf den zu schließenden Schulen anzumelden.

Redebeitrag zum Thema „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage stärken“ der Ratssitzung am 05.07.2012

Solingen AKTIV teilt grundsätzlich den Standpunkt des Antrags, das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage u.a. personell stärker zu fördern. Wir werden für diesen Antrag stimmen. Wir unterstützen den Kerngedanken des Bündnisses, wie es sich selbst definiert, von "Kräften in Solingen, die sich für ein tolerantes Solingen und gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen wenden." Hier ist zweifellos gerade in Solingen sehr viel zu tun - wie u.a. auch die Auseinandersetzungen am 1. Mai zwischen Pro NRW und den Salafisten, das Auftreten der faschistischen NPD auf Solinger Stadtgebiet, Ankündigungen von Pro NRW bei zukünftigen Wahlen zu kandidieren usw. bewiesen. Die Vorgänge am 1. Mai beweisen nachhaltig, dass hier auch seitens der Verwaltung ein großer Nachholbedarf besteht.

Auch der 20. Jahrestag des faschistischen Brandanschlages mit 5 türkischen Todesopfern macht eine breite Zusammenarbeit und Förderung von Zusammenschlüssen notwendig – zum Gedenken und aktiven Verhinderung weiterer solcher Vorkommnisse.

Ihre Spur des Terrors haben die Faschisten nämlich in den letzten 20 Jahren in Deutschland fortgesetzt: Seit 1990 haben sie ca. 150 Menschen ermordet und tausende verletzt, bedroht und gequält – in den letzten Jahren zunehmend kämpferische Gewerkschafter und Linke.

Es ist gerade deshalb dringend notwendig, dass gegen Faschismus über Parteigrenzen, weltanschauliche Auffassungen hinweg zusammen gearbeitet wird. Dafür ist die geforderte Förderung von Bündnissen, wie dem für Toleranz und Zivilcourage nötig.

Neben den bereits geäußerten Bedenken zur Unterschätzung habe ich eine weitere Sorge: Die stärkere städtische und „offizielle“ Beteiligung darf nicht zu verstärkter Ausgrenzung führen, die die Einheit der Antifaschisten aufgrund von parteipolitischen Vorlieben und Erwägungen schwächt. Genau das wird aber durch eine, von der CDU/FDP-Regierung groß angelegte „Extremismusdebatte“ unterlaufen.

Leider haben auch sie Herr OB sich diese Logik in letzter Zeit immer stärker zu eigen gemacht. Es kann nicht angehen, Initiativen in Solingen, die sich angesichts des Brandanschlages von 1993 und gegen Faschismus gegründet hatten, allgemein gegen den sog. „Extremismus“ auszurichten. Wir haben gerade aufgrund Solingens Geschichte eine ganze besondere ausdrücklich antifaschistische Verpflichtung!

In der aktuellsten Ausgabe der Zeitung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft vom 14.6.2012 hieß es zur Schädlichkeit der angesprochenen „Extremismusdebatte“ für ein gemeinsames antifaschistisches Vorgehen:

„In den vergangenen Jahren kritisierten konservative Politiker und Wissenschaftler zunehmend, Politik habe sich zu lange auf den Rechtsextremismus konzentriert. Sie warnten, die „Gefahr des Linksextremismus“ werde unterschätzt. ... Kolleginnen und Kollegen müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie sich gegen Rechts engagieren und erklären, warum sie nicht auch Projekte gegen „Linksextremismus“ machen. Dabei ist nicht nur die immer mitschwingende Gleichsetzung beider Extreme äußerst fragwürdig, Politiker und Behörden, die bei jeder Gelegenheit Rechts- und „Linksextremismus“ in einem Atemzug nennen, begründen dies häufig damit, dass beide Spektren den Kern der Verfassung, die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ (fdGo), ablehnten. Diese Sichtweise reduziert die politische Landschaft der Bundesrepublik auf das Bild, die demokratische Mitte sei von „feindlichen extremistischen“ Rändern umgeben. Problematisch an diesem Modell ist, dass es suggeriert, die Mitte sei ein Hort der Demokratie und Menschenrechte. (...) Aber auch bei Positionen, Gruppen oder Initiativen,

die in den Berichten des Verfassungsschutzes (VS) als extremistisch eingestuft werden, fehlt zumeist eine Begründung, warum dies geschieht. Überprüft man die Texte genauer, erscheint das, was der VS als „linksextrem“ einstuft, weitgehend willkürlich (...) Damit wird Behörden, die als Teil der Exekutive selbst nicht frei von politischen Interessenslagen sind, überlassen, eine Grenze zwischen legitimer Kritik und Demokratiefeindlichkeit zu ziehen. (...) Klar ist: Es gibt keinen Grund, sich für sein Engagement gegen Rechts zu rechtfertigen oder sich in sinnlose Extremismusdebatten verwickeln zu lassen.“

Soweit die GEW. Auch immer mehr andere antifaschistische Initiativen, die Verdi-Jugend usw. lehnen diesen Extremismusbegriff deshalb inzwischen ab. Auch ich lehne deshalb die Ausrichtung gegen einen angeblichen "Extremismus jeglicher Art" (siehe Begründung der heutigen Ratsvorlage) ab.

Wir von Solingen AKTIV und ich fühlen uns vom Begriff des Extremismus nicht angesprochen – das ist nicht das Problem... Leider wird er aber immer wieder und immer stärker durch bürgerliche Medien, Behörden und konservative Politiker gegen alle gesellschaftskritische Kräfte ausgeweitet. Diese Logik führt dann dazu, dass in Bayern inzwischen sogar der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden soll, oder bedeutende und tausende Menschen umfassende Bündnisse wie „Dresden nazifrei“ kriminalisiert werden, weil darin Mitglieder der MLPD, DKP oder LINKEN mitarbeiten.

Es ist politische Beleidigung und Rufschädigung, wenn mithilfe des künstlichen Extremismusbegriff alle Kräfte, die links von der SPD stehen, oder die mit Kommunisten oder Marxisten-Leninisten auf demokratischer Grundlage zusammenarbeiten, als Extremisten in einem Atemzug mit Neofaschisten genannt werden. Auch wir von Solingen Aktiv wurden in der Solinger Presse schon mehrfach als extremistisch eingestuft. Das ist nackte Willkür und Stimmungsmache, die mit der Realität der Programmatik und Politik unseres kommunalen Personenbündnisses nicht das geringste gemein hat.

Die Definitionshoheit, was Extremismus sei, wird ausgerechnet dem Verfassungsschutz anvertraut, der 15 Jahre angeblich nicht merkte, dass die NSU systematisch Menschen ermordet, der Akten über die NSU-Mörder in der Reißwolf steckte, als ihre Verbrechen ans Tageslicht kamen, dessen Präsident auf Bundesebene und Landesebene in Thüringen den Hut nehmen musste... Auf dieser Grundlage hat die Bundes-Familienministerin Schröder sogar die Dreistigkeit, in einem Erlaß nur solche Initiativen gegen Neofaschisten zu fördern, die sich ausdrücklich von sogenannten „Linksextremisten“ abgrenzen und diese ausspionieren.

Das ist historisch und sachlich eine völlige Verdrehung der Tatsachen: jedermann weiß, dass sich die Hitlerfaschisten die Zerschlagung des Kommunismus zum obersten Ziel gesetzt haben und als erstes – auch hier in Solingen – Kommunisten in Schutzhaft und KZs gesperrt haben. Gerade Kommunisten waren es, die am entschiedensten schon damals gegen den Hitlerfaschismus gekämpft haben und die auch heute bei antifaschistischen Aktivitäten immer mit an vorderster Front stehen.

Dass die Spaltung zwischen den unterschiedlichsten antifaschistischen und antirassistischen Kräften nur dem Faschismus nützt, haben wir leidvoll mit der Zeit des Hitlerfaschismus erfahren müssen. Das darf sich nicht wiederholen.

Wir schlagen dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage vor, den Extremismusbegriff in seiner Arbeit und seinen Dokumenten vollständig fallen zu lassen und eine breitestmögliche Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen und antirassistischen Kräften zu organisieren - gleichgültig auf welcher weltanschaulichen, politischen oder religiösen Grundlage sie sonst stehen.

Auch deshalb sehen wir keinen Sinn darin, grundsätzlich Parteien aus diesem Bündnis rauszuhalten. Jeder sollte doch offen Flagge zeigen können. Je bunter und breiter, desto besser. In der Praxis hat die breite Teilnahme von allen gesellschaftlichen Kräften antifaschistischen Protesten noch nie geschadet: wer dabei war weiß das: da sei

Wuppertal Vohwinkel 2011/2012 zu nennen, die Solinger Proteste gegen die NPD-Stände 2009, antifaschistische Demonstrationen in Düsseldorf und vielen anderen Städten. Dadurch gab es breite und starke Proteste, die genau das sind, was nötig ist. Wir unterstützen diesen Antrag, möchten aber auf diese Zusammenhänge hinweisen und anregen, darüber weiter nachzudenken – und offener zu diskutieren.

Redebeitrag zum Thema „Bürgerenergieinvest/Öko+ GmbH“ der Ratssitzung am 05.07.2012

Die Vorlage ist zu begrüßen. Sie weist in die richtige politische Richtung.

- Wegen der aktiven Einbringung und Investition der BSG in die Schaffung einer Gesellschaft, die sich mit der Schaffung von dezentralen (in dem Fall Solinger Stadtgebiet) Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien befasst.
- Wegen der bewussten Abgrenzung zur MVV, die sich aus Maximalprofitinteressen von den erneuerbaren Energien abwendet bzw. nur unter kaum zu verwirklichenden Renditeerwartungen zulässt! Diese Allianz hat also auch hier keine zukunftsfähige Grundlage und keinen Nutzen für Mensch und Umwelt in Solingen.
- Wegen der Möglichkeit der Bürgerbeteiligung, die vorgeschlagene Anlageform von Sparbriefen ist ebenfalls sinnvoll.

Schön ist es, dass der Stadtrat dem nachdrücklichen Wunsch der Bevölkerung nach Fukushima endlich gerecht wird und einen Baustein für ein kommunales Gesamtkonzept zur Förderung erneuerbarer Energien auf den Weg bringt.

So heißt es in einer Resolution der Solinger Montagsdemo vom 26.04.2011, die damals, kurz nach der Atom-Katastrophe in Fukushima hunderte Solinger Bürgerinnen und Bürger unterschrieben und an sie Herr OB übergeben hatten: *„Fordern wir die Umsetzung des Beschlusses zur Erstellung eines kommunalen Energiekonzeptes Das bedeutet auch, dass es ein kommunales Gesamtkonzept braucht, wie die Stadt erneuerbare Energien weiter ausbaut (z.B. Solarenergie an städtischen Gebäuden). ... Die dezentrale Stromversorgung in Solingen sollte demnach ernsthaft ausgebaut werden, ...“*

Besonders möchten wir an dieser Stelle noch einmal anregen, sich mehr mit den Möglichkeiten die Wasserkraft zu befassen, die unseres Erachtens am besten in die Gegebenheiten und Traditionen unserer Stadt passen (Wasserschnecken, Ausbau Wasserkraftwerk).

In zwei wichtigen Punkten, die wir, aber auch umweltpolitisch sowie gegen Privatisierungen aktive Bürger immer wieder zu bedenken gegeben haben, sehen wir uns durch die Aussagen in der Vorlage bestätigt: Dass die Renditeerwartungen der MVV dem Ausbau erneuerbarer Energien und damit der Energiewende entgegen stehen und dass durch die Art und Weise der derzeitigen Kooperation mit der MVV unverhältnismäßig Gewinne an diese abfließen.

Auch hierzu möchte ich die Anfrage einer Bürgerin an diesen Stadtrat im letzten Jahr zitieren:

„Ferner scheint mir – mittel- und langfristig – der Rückkauf der MVV-Anteile an den Stadtwerken wichtig um a) die Energieversorgung wieder in kommunaler Hand zu bündeln und um b) die Erlöse aus dem Energiebereich zu re-investieren in den Ausbau regenerativer Energieversorgung im Stadtbereich.“ (Sybille Arians)

Ohne den sehr guten Ansatz des heutigen Beschlusses schmälern zu wollen kann dies nur ein kleiner Teil sein, eben nur ein Baustein. (Hinweis auf kommunales Gesamtkonzept zur Energiewende – das aber in großen Teilen noch nicht umgesetzt ist, Kryo Recycling statt Ausbau Müllverbrennung, SWS Atomstromnutzung noch immer bei 20%).

Kritisch muss man sehen, dass die erneuerbaren Energien in den Beschlussauswirkungen (3.) ausschließlich eine Frage von Rendite und Imagegewinn bedeuten soll. Hier geht es aber um die Lebensintressen und die Verbesserung der Lebensqualität der Solinger unmittelbar und den Erhalt und Schutz der natürlichen Umwelt

Anlass und Lösung

(...) Die SWS verbessern ihre Position im Markt durch einen Imagegewinn, ebenso die Stadt-Sparkasse Solingen. Die BSG erzielt eine höhere Rendite aus dem eingesetzten

Kapital. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Solingen, vorzugsweise die Kunden der SWS und ggf. der Stadt-Sparkasse Solingen, erhalten Gelegenheit, zur Energiewende beizutragen und erzielen eine mehr als marktübliche Rendite mit einer sicheren Geldanlage.“

Ich möchte ich diesem Zusammenhang nicht verschweigen, dass die Tatsache, dass Herr Schneider als „Chef“ dieser neuen Gesellschaft vorgesehen ist, sicherlich besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Bisher haben sie sich nicht gerade für erneuerbare Energien hervorgetan und vehement das Primat der Rendite vertreten. Aber jeder Mensch kann sich ändern und vielleicht haben sie sich etwas von den Diskussionen, Forderungen und Protesten aus verschiedenen Gruppen, Parteien und Initiativen und der Bürgerschaft angenommen...

Man kann nur hoffen, dass die beschriebenen Beschlussauswirkungen nicht bedeuten, dass ausschließlich auf die Rendite gestarrt wird. Der wirtschaftliche Nutzen stand und steht dem Fortschritt in der Umwelttechnologie in dieser Gesellschaft entgegen. Sonst würden wir sicher alle schon seit Jahren 3-Liter- oder Elektroautos fahren...

Wir werden die Entwicklung der neuen Gesellschaft kritisch beobachten und wünschen dem Ansatz der Förderung von dezentralen Lösungen in Solingen viel Erfolg.

Redebeitrag zum Thema „Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums“ der Ratssitzung am 05.07.2012

Solingen AKTIV findet diesen Antrag sehr unterstützenswert.

Zwar leisten die Wohlfahrtsverbände und auch die RAA schon seit Jahren eine hervorragende Arbeit. Aber die Personaldecke ist einfach zu dünn angesichts der vielfältigen Probleme und Hilfestellungen, die besonders für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch für deren Eltern erforderlich sind. Deshalb ist die Aufstockung der Stellen durch das Land eine wichtige Hilfe.

Noch immer sind zu viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Bezug auf Bildung und Teilhabe schlechter gestellt als der Durchschnitt. Niedrigere oder gar keine Schulabschlüsse bewirken schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Bei vielen Kindern kann das Elternhaus die notwendige Unterstützung nicht leisten, obwohl das Kind eigentlich von der Intelligenz her dazu geeignet wäre. Zum Teil werden diesen Kindern Chancen verstellt, wenn sie z.B. bei der Auswahl der Gymnasien weniger berücksichtigt werden aufgrund des Vorbehaltes, den Kindern könne ja zu Hause nicht so gut geholfen werden.

In vielen Untersuchungen wurde bereits festgestellt, dass eine bessere Bildung Auswirkung auf viele Bereiche hat. Es gibt bereits jetzt einen Mangel an Fachkräften in diversen Bereichen und wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, Begabungen und Fähigkeiten ungenutzt zu lassen.

Eine bessere Vernetzung und Koordination, wie sie durch ein Integrationszentrum mit der entsprechenden Stellenaufstockung möglich wäre, ist deshalb für unbedingt erstrebenswert.

Redebeitrag zum Thema „Ohligser O-Quartier“ der Ratssitzung am 05.07.12

Solingen AKTIV lehnt die Vorlage zum Bau des O-Quartiers in der vorliegenden Version ab.

Zunächst einmal waren wir aufgeschlossen für den Bau eines solchen Einkaufszentrums in Ohligs, um die Attraktivität der Ohligser Innenstadt noch weiter zu verbessern. Wir begrüßen auch die umfassenden Beteiligungsmöglichkeiten mit Eingaben, Bürgerversammlungen usw. Allerdings muss man im Ergebnis feststellen, dass ein Teil der wichtigsten Anregungen und Verbesserungen, insbesondere der Einzelhändler in Ohligs nicht berücksichtigt wurden und damit genau die Befürchtung, die es von Beginn an gab nicht ausgeräumt wurden, bzw. mit der Vorlage sogar fest geschrieben werden:

Nämlich dass das O-Quartier nicht zu einer Stärkung und Erweiterung der bisher gewachsenen Einzelhandelsstrukturen beiträgt, sondern in Konkurrenz zu diesen gebaut wird. Angesichts dessen, dass so umfangreich beraten wurde und alle Bedenken bekannt waren, kann ich mir dies nicht anders erklären, als dass bewusst eine Abgrenzung zur bisherigen Einkaufsstraße Düsseldorfstraße und der gewachsenen Einkaufsstruktur um diese herum stattfindet.

Ein Hintergrund ist mit Sicherheit, dass der Wettbewerb auch im Bereich des Einzelhandels hart und unerbittlich ist: die Einkaufszentren müssen hohe Renditeziele erfüllen, um größere Mieter und Einkaufsketten zu gewinnen. Dem ist eine Öffnung und sogar Stärkung der aus dieser Sicht „Konkurrenz“ der bisher gewachsenen Einzelhandelsstrukturen natürlich abträglich... Die Konkurrenz wird sicher stattfinden: Denn durch ein neues Einkaufszentrum werden die Menschen nicht mehr Geld zum Ausgeben in der Tasche haben. Zeitgleich wird auch ein neues Einkaufszentrum in der Solinger Stadtmitte gebaut und insgesamt besteht die Gefahr, dass die Fußgängerzonen mit ihrer gewachsenen Struktur dadurch geschwächt werden. Die Gesamtfläche der beiden neuen Zentren ist insgesamt viel zu groß (sie umfasst für Ohligs allein 55% der gesamten Einkaufskapazitäten). Hier geht es also um den in vielen Bereichen der Kommunen stattfindenden Prozess der Verdrängung kleinerer Geschäfte, öffentlicher Einrichtungen usw. zugunsten großer, oft monopolisierter und auf spekulativen Finanzgeschäften beruhender Investoren-Modelle.

Was sind die konkreten Kritikpunkte, die immer wieder vorgebracht wurden:

- Der Eingang des neuen Zentrums befindet sich nicht auf der Düsseldorfstraße, sondern sozusagen abgegrenzt von der Fußgängerzone auf der Aachenerstraße. Die vielfach geführten Diskussionen, wie das neue Einkaufszentrum die bisherige Struktur der Einkaufsstraße (Stichwort „Knochenprinzip“) stärkt, wurde so sehr

ungenügend berücksichtigt.

- Es werden mehr als gefordert und zugesagt, Flächen für kleinere Geschäfte im O-Quartier ausgewiesen, die Konkurrenz statt Ergänzung zum bisherigen Angebot der kleinen Einzelhändler bedeuten können. Es sollte mindestens ein Verkaufsflächenanteil von 3.200 qm für Einzelhandelsbetriebe mit einer Größe von jeweils mindestens 800 qm verbindlich festgeschrieben werden, statt größeren Spielraum für Kleinstbetriebe einer Größe mit 100-400 qm zu ermöglichen.
- Neuer Parkraum soll, statt auch der Düsseldorferstraße und ihrer „unteren“ Umgebung zu nutzen, am „anderen Ende“ und nur für Einkäufer im O-Quartier geschaffen werden.

Es ist mir unverständlich, warum man nicht noch Zeit einräumt, diese Bedenken gemeinsam auszuräumen und zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Hier möchte ich den Architekten Brune zitieren: *„Die Politiker sind die Entscheidungsträger, die ... die Verantwortung dafür tragen, das Beste für die Stadt und deren Bürger zu tun und nicht das Beste für den Investor, der sich durch einen schnelleren Baubeginn einen schnelleren Gewinn erhofft. (...) Kaufleute, die heute an einer Anmietung interessiert sind, werden das auch noch in einem oder zwei Jahren sein (...) Es ist kein großer Aufwand nötig, diese verheerende Entwicklung ins Positive umzukehren“.*

Insofern plädiert Solingen AKTIV dafür, grundsätzlich an diesem Projekt festzuhalten, eine Beschlussfassung aber aufzuschieben, bis die Eingaben und Anliegen derer, die bisher großen Anteil an der Gestaltung der Ohligser Innenstadt haben, angemessen berücksichtigt sind.

Lassen sie mich noch etwas zu einer weiteren Bürgereingabe sagen: Diese beinhaltet, den Namen der bisher auf diesem Gebiet bestehenden Firma Olbo weiter in die Präsentation des neuen O-Zentrums aufzunehmen. Ich befürworte dies. In der Vorlage wird die bis vor wenigen Jahren bestehende Firma im Zentrum des Ohligser Stadtgebiet wie ein Schandfleck behandelt. Dies teile ich als direkte Anwohnerin keinesfalls. Wer diese Firma einmal von Innen, mit ihren beeindruckenden Industrie-Webstühlen gesehen hat, wer diese Belegschaft kannte, der muss heute noch traurig über die Schließung dieses Werkes sein. Solingen AKTIV hatte die Belegschaft im Kampf gegen die Schließung und Verlagerung nach Osteuropa unterstützt und damals geholfen eine Demonstration und verschiedene Protestaktivitäten zu organisieren. Immerhin arbeiteten dort mehrere Hundert Menschen unterschiedlichster Nationalitäten dort. Viele haben gar keine Arbeit mehr gefunden oder sind heute bei Leiharbeitsfirmen tätig.

All das kann ein „erinnerndes Andenken“ nicht zurück holen, aber man sollte dies dennoch wahren.

Vielen Dank!

Redebeitrag zum Thema "Technische Außerbetriebsetzung und Schließung des Hallenbades Birkerstraße" der Ratssitzung am 05.07.2012

Solingen Aktiv wird dem Antrag nicht zustimmen: denn damit werden auch die technischen und baulichen Voraussetzungen zerschlagen, dass im Birkerbad irgendwann einmal wieder gebadet werden kann. Die Zerstörung der Bausubstanz wird sogar ausdrücklich eingeräumt: *"Der Umfang der Einflüsse auf den Baukörper ist nicht abschätzbar."* Und im ST vom 20.4.2012 heißt es zu diesem Antrag der Stadt: *„Dafür nimmt sie – vor allem bei längerer Schließung – in Kauf, dass die Anlagen und das Gebäude Schaden nehmen oder dass das Bad sogar verfällt.“*

Wir lehnen grundsätzlich die Begründung der Schließung ab, dass damit rein formal die HSK-Maßnahme 189 übererfüllt werden könne und nur so eine "deutliche Kostenreduzierung" möglich sei. Der einzige Maßstab ist also, *Gelder zu sparen* – konkret ca. 300 000 €. Die sachlichen Kriterien für den Erhalt des Schwimmbades aus Sicht der *Nutzung* für die Menschen und konkret die Bürger unserer Stadt wie die sportlichen, pädagogischen, schulischen, gesundheitlichen und sozialen Folgen spielen im Beschluss überhaupt keine Rolle.

Solingen Aktiv hat sich schon immer für wohnortnahe Schwimmangebote eingesetzt: für Vereine, für das schulnahe Schulschwimmen (so dass nicht so viel Anfahrtszeit verloren geht wie jetzt), insbesondere für Kinder und Jugendliche zur körperlichen Ertüchtigung und sinnvollen Freizeitgestaltung. Das einzig verbliebene Hallenbad im Vogelsang und die wenigen Stunden Frühschwimmen im Klingenbad können den Bedarf an Schwimmen außerhalb der relativ wenigen Sommerwochen bei Weitem nicht abdecken. Wir bezweifeln, dass der komplette Schulschwimmbetrieb nicht nur formal rechnerisch, sondern auch inhaltlich und sachlich inzwischen ausreichend im Sportbad Klingenhalle abzuleisten ist und daher keine weitere Nutzung für das Hallenbad Bürgerstraße bestünde. Immerhin hatten wurde das Hallenbad Ohligs bis zu seiner Schließung von 18 Schulen benutzt und mussten weitere 25 Schulschwimmstunden von der Birkerstraße in die Klingenhalle verlagert werden. Von beteiligten Lehrern wissen wir, dass von zwei eingeplanten Schwimmstunden lediglich 30 min im Wasser stattfinden können, lange Anfahrtszeiten nötig ist und dass die Bedingungen äußerst beengt sind. Noch am 3. Februar 2011 haben Sie, Herr Lauterjung gegenüber der Solinger Morgenpost gesagt: Nur noch Klingenbad und Vogelsang, das "reicht nicht aus, das ist keine gute Lösung". Vielmehr müsse alles unternommen werden, dass Birkerbad "in irgendeiner Form" zu erhalten. (Solinger Morgenpost 3.2.2011.)

Wir wissen natürlich, dass das Hallenbad in seinem derzeitigen baulichen Zustand nicht attraktiv ist und daher eine Renovierung überfällig ist. Laut

Bädergesellschaft wären für die Sanierung und Instandhaltungskosten etwa 6,65 Millionen € fällig (SM 10.2.2012). Dafür wurden vom Land im Rahmen der „Regionale 2006“ 3,3 Million € zur Verfügung gestellt. Wie die "ergänzende Beschlussempfehlung des Sportausschusses" schreibt, sind "die bewilligten Fördermittel nach den vorliegenden Bewilligungsbescheiden an das Bäderkonzept sowie an die öffentliche Nutzung im Rahmen der Schulschwimmen gebunden." Was auch nachvollziehbar ist. Wir begrüßen unbedingt den Vorschlag in der "ergänzenden Beschlussempfehlung des Sportausschusses", die Verwaltung zu beauftragen, "gleichzeitig unverzüglich ein Konzept zur zukünftigen Verwendung des Gebäudes zu arbeiten" jedoch im Unterschied zum Sportausschusses ausdrücklich mit der Priorität, dass darin wieder Schwimmen zu attraktiven Bedingungen und zumutbaren finanziellen Belastungen für die Stadt Solingen möglich sein soll. Es gibt in Deutschland mehrere äußerst erfolgreiche Objekte, wo vergleichbare Bäder aus der Gründerzeit attraktiv und wirtschaftlich umgebaut wurden. Das wäre ein gutes Eingangstor in der südlichen Innenstadt und ein neues Markenzeichen für Solingen im attraktiven Südpark - nicht aber ein verfallendes und leerstehendes denkmalgeschütztes Gebäude, wie es jetzt de facto geplant ist.

Natürlich wäre zu begrüßen, ein "städtebaulich interessantes Areal als südliches Eingangstor zur Innenstadt entwickeln". Aber werden dem Rat Sand in die Augen gestreut, wenn der Eindruck erweckt wird, die Fördergelder könnten dafür einfach umgewidmet werden?

Ein Feigenblatt, um die endgültige Stilllegung des Birkerbades aufzuhübschen und nachträglich zu rechtfertigen, lehnen wir jedenfalls ab. Wir halten es für verantwortungslos und ideenlos, wenn jetzt schon die technische Schließung beschlossen und vollzogen werden soll, ohne dass Klarheit über die weitere Nutzung besteht. Daher schlagen wir als Übergang vor, zum Standpunkt der Stadtverwaltung zurückzukehren, den sie nach der Absage der Lebenshilfe im April 2011 eingenommen hat: Das Birkerbad nach Fertigstellung der Umbaumaßnahmen am Sportbad Klingenhalle in der Hinterhand zu halten und als „Auffangbecken“ für Schulen, Vereine und Öffentlichkeit zur Nutzung zumindest zur Verfügung zustellen. Bei Bedarf hätte das Bad jederzeit seinen Betrieb wieder aufnehmen können. In der Sache wäre das ein ähnliche Korrektur wie jetzt bei der Schließung der Hauptschulen Rennpatt und Krahenhöhe, die als Gebäude nicht geschlossen sondern für weitere potentielle Nutzung bereitstehen.

Zur Kompensation der dann erforderlichen Betriebskosten von vielleicht 300.000 € (was uns viel zu hochgerechnet erscheint – denn wozu braucht man in einem betrieblich still gelegten Bad vier Personale für 113 200 €, wie in der Berechnung für 2011 ausgewiesen?) schlagen wir vor, im Rahmen der Bürgerbefragung eingebrachte Sparvorschläge umzusetzen – so zum Beispiel die Einsparung von drei Geschäftsführerstellen in den überbesetzten städtischen Betrieben der BSG.

Solingen AKTIV wendet sich hiermit auch gegen die allgemeine „Rückbaupolitik“, die die Finanzkrise auf Kosten der Kommunen und der Einwohnerinnen und Einwohner der Städte verursacht hat.

Redebeitrag zum Thema „Klimaschutzkonzept der Stadt Solingen“ der Ratssitzung am 06.12.2012

Solingen Aktiv hat bei der Ratssitzung am 14.7.2011 den Grundsätzen eines Klimaschutzkonzeptes fachlich und methodisch bezüglich einer geplanten engen Bürgerbeteiligung zugestimmt.

Auch dieses Konzept heute ist insgesamt von uns zu unterstützen und Solingen AKTIV wird auch zustimmen. Es ist sehr zu begrüßen, dass das Bewusstsein über kommunale Klimapolitik und Verantwortung in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist.

Wir unterstützen die Grundanliegen dieses Klimaschutzkonzeptes mit seinen Zielen

- nachhaltige Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung
- wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen
- Schritte zur Umsetzung der „Energiewende vor Ort“
- Impulse zur Steigerung der lokalen Wertschöpfung
- integriertes Konzept das "sowohl den Energie- wie auch den Mobilitätsbereich umfasst"
- Bündelung vorhandener Einzelaktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz (S. 2, 4)

Stärken des Konzeptes sehen wir zu den Fragen Wohnen und „Verbraucher“aufklärung.

Bevor man über Möglichkeiten der Klimapolitik in Solingen spricht, sollte man sich aber die Dringlichkeit dieses Problems bewusst machen.

Es ist ein Hammer, wenn Herr Moritz als Landtagsabgeordneter der CDU mit Zwischenrufen beim Redebeitrag meines Vorredners von den Grünen fordert, man solle dieses Thema „doch etwas tiefer hängen“ und sich über die Ausführungen zur Klimakatastrophe auch noch lustig macht.

Zeitgleich zu unserer Ratssitzung findet in Katar der jährliche UN-Klimagipfel statt. Angesichts dessen ist die bereits eingeleitete globale Klima- und Umweltkatastrophe wieder in aller Munde – unterstrichen durch die furchtbaren Folgen von Stürmen, Überschwemmungen in Haiti, den USA, Philippinen usw. mit jeweils Hunderten Toten. Ganze Länder sind bedroht vom steigenden Meeresspiegel überschwemmt zu werden und tausende Menschen sind bereits heute auf der Flucht vor regionalen Umweltkatastrophen wie Dürren, Vergiftungen, Überschwemmungen u.ä. Wer dieses Problem „tiefer hängen“ will hat wirklich gar nichts verstanden – oder die gleiche Mentalität wie die Leute, die diese Probleme verursacht haben! Im Gegenteil, man müsste denn Kampf gegen die globale

Umweltkatastrophe um ein vielfaches höher hängen, als es bisher getan wird. So haben die führenden „Lenker“ des UN-Gipfels von vorne herein erklärt, dass sie zu keinerlei verbindlichen Ergebnissen bereit sind. Die so genannte „Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie“ ist gescheitert. Weltweit ist der CO-2 Ausstoß seit 1990 sogar auf einen Höchststand angestiegen und selbst die EU, bisher vermeintlicher Vorreiter des Klimaschutzes, zieht sich aufgrund der Weltwirtschafts- und Finanzkrise und befürchteter „ökonomischer Nachteile“ immer stärker zurück.

Gerade deshalb bedauern wir, dass sich unser Eindruck bei der Beauftragung dieses Konzeptes verstärkt hat, dass hier nur der größte gemeinsame Nenner behandelt wird und alle „heiklen“ Fragen, die evtl. auch jemandem „weh tun“, außen vor gelassen werden.

Alle Erfahrungen zeigen, dass sich nur konkrete Veränderungen und Verbesserungen für die Umwelt durchsetzen lassen, wenn der Kampf gegen die Profitlogik aufgenommen wird.

Auch in Solingen wird konsequente Klima- und Umweltpolitik nur möglich sein, wenn man auch bereits ist, sich mit denen anzulegen, die an der Klimakatastrophe verdienen und diese verursachen, wenn man bereits ist dafür auch zu investieren, wenn man die Haushaltskrise nicht auf Kosten von Bevölkerung und Umwelt austrägt. Lassen sie mich dazu einige Beispiele nennen:

- In der allgemeinen Konzeption der Klimaschutzkonzepte ist m.E. grundsätzlich falsch, dass dort die Großemittenten von CO-2 nicht mitbilanziert und damit auch nicht in die Maßnahmenpakete einbezogen werden (siehe Seite 15 des Endberichtes Klimaschutzkonzept). Die Begründung ist, dass diese am Emissionszertifikatehandel teilnehmen und außerdem der „kommunale Einfluss auf betriebsbedingte Emissionen gering sei“. Das ist bisher sehr wohl wahr, aber gerade deshalb zu verändern, weil es eben die größten Verursacher des erheblich gestiegenen CO-2 Ausstoßes sind. Der Zertifikatehandel hat keineswegs zur Reduzierung der Emissionen geführt – im Gegenteil ist darum ein florierender Handel entstanden. Solche Großemittenten gibt es in Solingen offenbar nicht, aber für das gesamte Bergische Land gibt es hier mit Sicherheit erheblichen Handlungsbedarf.

- Im Bericht wird deutlich, welche hervorragende CO-2-Bilanz öffentlicher Personennahverkehr, und Schienenverkehr im Vergleich zum PKW, vor allem auch Pendelverkehr und dem Nutzverkehr haben. Völlig zurecht wird auch die besondere Umweltfreundlichkeit des Solinger Alleinstellungsmerkmals „O-Bus“ benannt, die, je nach Strombezug 27-91% weniger CO-2 emittiert als Dieselbusse (S.22 des Konzeptes). Zugleich wurden in den letzten Jahren mehrere Hunderttausend bei Solinger Busverkehr eingespart, Jahr für Jahr bei den Haushaltsberatungen die weiteren Einsparungen von 200.000 bekräftigt. Ein Klimaschutzkonzept müsste sich doch deutlich für den Ausbau des ÖPNV aussprechen.

- Der Strombezug der Stadtwerke wird sicherlich weiterhin Thema im Zuge

der Debatte um die Zukunft der Stadtwerke bleiben. Auch hierzu fehlen uns allerdings verbindliche Aussagen und Anforderungen, die der Dringlichkeit der nötigen Veränderungen gerecht werden. Um die Erderwärmung überhaupt noch auf ein Maß zu reduzieren, dass nicht erhebliche Schäden hervorruft, muss die Umstellung auf erneuerbare Energien unmittelbar erfolgen. Die im Konzept geplante geplante Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 50 % bis ins Jahr 2030 in Relation zum Basisjahr 1990 greift zu kurz. Nötig und möglich ist eine drastische Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 70-90 % bis ins Jahr 2030.

-Das ehrgeizige Ziel zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer wohnortnaher Energien im Strombereich auf 100 % bis zum Jahr 2020 unter Nutzung aller regionalen Möglichkeit der Windkraft, Wasserkraft, Photovoltaik, Erdwärme, Verwertung von Bioabfällen und Fäkalien durch integrierte Methanisierung und Kompostierung... sollte zielstrebig verfolgt werden. Es gibt immer mehr Kommunen die dies anstreben, oder sogar schon eine 100%ige Umstellung auf erneuerbare Energien erreicht haben. Auch hierbei muss man in Kauf nehmen, dass das auf Kosten der „alten Energien“ geht. Herr Schneider/Vorsitzender der Beteiligungsgesellschaft beklagt z.B. die Auslastung des Gaskraftwerkes, an dem Solingen beteiligt ist, wenn erneuerbare Energien weiter in ihrem Anteil an der Stromversorgung wachsen. Es sollte aber inzwischen jedem klar sein, dass fossilen Energien nicht die Zukunft gehört und welche zerstörerische Klimaauswirkungen sie haben. Dies nur aus Profitgründen aufrecht zu erhalten und dafür erneuerbare Energien zu behindern ist schlicht unverantwortlich. So fehlt uns im Klimaschutzkonzept jegliche Überlegung zum Ausbau der Wasserkraft, was im Bergischen Land sicherlich nahe liegt. In Remscheid wurden aktuell an der Eschbachtalsperre Wasserturbinen eingesetzt, welche Möglichkeiten haben wir in Solingen dazu? Auch der Ausstieg aus der Atomenergie wird nicht thematisiert, nach wie vor beziehen die SWS 20% Atomstromanteil. Das müsste ein vordringliches Ziel des Klimaschutzkonzeptes sein.

- Das Thema Müll wird – übrigens entgegen eindeutiger Zusagen - im Konzept kaum behandelt. Man kann auch das Müllheizkraftwerk in Solingen nicht unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Gewinne betrachten. Auch mit neuester Filtertechnik sind MHKW ein hauptsächlicher Verursacher von Feinstäuben und Umweltgiften. Alternativen der klimaneutralen Abfallbeseitigung, planmäßige Schritte zu einer allseitigen Kreislaufwirtschaft, technische Möglichkeiten wie Kryorecyclingverfahren müssen systematisch verfolgt und die Einführbarkeit für Solingen geprüft werden.

- Für die Aufklärungsarbeit der Solinger Bevölkerung und ihre Mobilisierung für mehr Klimaschutz und erneuerbare Energie war es ein katastrophales Signal, dass die Stadtwerke ihre erhebliche Strompreiserhöhung von 11-13 % ausgerechnet mit der Erneuerbaren Energiegesetz (EEG) begründeten und so versucht wird, die Bürger gegen die Energiewende aufzubringen. Diese Begründung ist eine glatte Lüge: denn dabei soll nur vertuscht werden, dass sich die großen Konzerne bei der Energiewende schadlos zu halten

versuchen, indem sie die Kosten dafür auf den Strompreis der einfachen Bürger abzuwälzen versuchen. Wir fordern die Stadt als inzwischen 100 prozentige Gesellschafterin der Stadtwerke auf, diese Strompreiserhöhung mit ihrer fatalen Begründung zurückzunehmen.

Interessant ist der Vorschlag, alle Ausschuss und Ratsvorlagen einem „Klimacheck“ zu unterziehen. Es wäre zu hoffen, dass dabei die eben genannte Widersprüchlichkeit zumindest etwas deutlicher auf den Tisch kommt.

Wir hatten bereits bei Einbringung dieses Themas gefordert zu ergänzen einen „Handlungsbereich private örtliche Industrie und Logistik“. Über 34% des CO²-Ausstoßes in Solingen werden durch die Industrie „geleistet“ (S. 24 des Konzeptes). Daher muss auch dieser Bereich überprüft und Lösungsmaßnahmen zu einem besseren Klimaschutz erarbeitet werden. Diese Thematik wird angesprochen, ist aber für uns wenig greifbar, wie das durchgesetzt werden soll. (z.B. bezüglich des Energie-Mixes, eventuell versetzter Spitzenlastzeiten, des CO²-Ausstoßes und der Klimafolgen z.B. der privaten Abfallwirtschaft). Die Gewerkschaften und Betriebsräte sollen in diesem Prozess maßgeblich miteinbezogen werden. Diese Forderungen haben mit Industrie-feindlichkeit nichts zu tun: Klimaschutz und Arbeitsplätze bzw. technischer und industrieller Fortschritt dürfen im Sinne der Menschen, die arbeiten und eine lebenswerte Zukunft für ihre Kinder wollen, nicht auseinander dividiert werden. Aber wir brauchen eine Produktion – im Kapitalismus sicherlich so nicht vorstellbar – die den Nutzen für Mensch und Natur ins Zentrum stellt statt Profitmaximierung und internationale Konkurrenzfähigkeit. Wer sagt denn, dass man mit umweltfreundlichen Produktionsverfahren und recyclingsfähigen Produkten keine Arbeitsplätze schaffen kann?

Bei den im Klimaschutzkonzept genannten Ereignissen sollte neben den Aktivitäten zu „fünf vor zwölf“ auch der Weltklimatag genannt werden. Vor einigen Jahren am Wochenende innerhalb der Weltklimakonferenzen festgelegt, ist er inzwischen fast wieder eingeschlafen. Seit 2 Jahren finden in Solingen aber wieder Aktivitäten dazu statt.

Das Klimaschutzkonzept erweckt insgesamt den Eindruck, als gäbe es zu Klimaschutz und Energiewende einen großen gesamtgesellschaftlichen Konsens ins Solingen. Das ist eben bei den unterschiedlichen ökonomischen Interessen verschiedener Gesellschaftsgruppen eben nicht der Fall. Das gegenwärtige Rollback in der Umweltpolitik der Bundesregierung zeigt: Eine konsequente Klimaschutzpolitik stößt auf den energischsten Widerstand der kapitalistischen Produktionsweise. Der Klimaschutz und die Energiewende muss auf Kosten der Profite – und entgegen der Abwälzung unserer Haushaltskrise auf Kosten von Menschen und Umwelt - erkämpft werden.

Diese Haltung erwarte ich nicht von einem städtischen Klimaschutzkonzept. Aber dass jegliche Punkte fehlen, die diesen Konflikt auch nur andeuten,

geschweige denn auszutragen bereit sind, lässt mich dieses Konzept nur sehr kritisch unterstützen.

Redebeitrag zum Thema „technische Schließung der Turnhalle Gillicher Straße“ der Ratssitzung am 06.12.2012

Solingen Aktiv tritt seit Jahren für den Erhalt von wohnortnahen Sportstätten ein. Aus diesem Grund haben uns von Anfang an vehement gegen die Schließung der Turnhalle in der Gillicher Straße zur Wehr gesetzt. Im TSV Aufderhöhe, dem Hauptnutzer der Turnhalle, treiben insgesamt 2000 Menschen Sport, davon 1000 Kinder und Jugendliche. In einem Familienwohngebiet wie Aufderhöhe, das in den letzten Jahren rasant gewachsen ist (Börkhauser Feld!) mit einer wachsenden Anzahl von Kindern und Jugendlichen muss das kommunalpolitische Signal eher heißen Ausbau statt Abbau von Sportstätten.

Das Gegenteil aber ist geschehen: das Ohligser Stadion ist zugemacht, das Hallenbad in der Sauerbreustraße ist geschlossen - und seit 2009 ist der Turnhalle Gillicher Straße zu – bis auf den Sportraum für die Judoka.

Es ist ein Unding, eine seit 60 Jahren funktionierende Turnhalle zu schließen, statt die völlig selbstverständlich notwendigen Investitionen vorzunehmen, um sie am Betrieb zu halten. Mit dem jetzigen technischen Schließungsbeschluss sollen weitere 24.000 € an jährlichen Unterhaltskosten eingespart werden. Wir kritisieren vehement, dass bei zahlreichen Sportstätten und anderen öffentlichen Gebäuden jahrelang auf nötige Erhaltungsinvestitionen verzichtet wird, um sie dann irgendwann wegen „erheblicher Baumängel“ zu schließen. So kann man solche Schließungen natürlich auch systematisch zum „alternativlosen Sachzwang“ machen!

Das wird weiter auf Kosten der sporttreibenden Jugend, ihrer Eltern aber auch der erwachsenen Sportler gehen, die damit auf weiter entfernt liegende Turnhallen ausweichen müssen. Es ist jetzt schon absehbar, dass einige Sportangebote nicht mehr wahrgenommen werden und Vereine wie der TSV tendenziell Mitglieder verlieren. Dazu ist jetzt bekannt geworden, dass auch die 25-prozentigen Zuschüsse der Stadt – gut 3000 € pro Jahr - zur Finanzierung der Umkleieräume und Duschen für das Jugendvereinsheim des Fußballverbandes Niederrhein gestrichen werden.

Von dort aus wird befürchtet, dass ohne diese Zuschüsse über kurz oder lang auch die Umkleieräume und Duschen ganz wegfallen werden. Ohne äußere Pflege, ohne Heizung usw. ist absehbar, dass die Turnhalle verfallen wird. Denn bisher sind keine Gelder zum Abriss und Neuaufbau des Geländes veranschlagt worden. Das ist ein beschämender Zustand, so etwas in einem aufstrebenden Wohngebiet zu beschließen. Die vage Hoffnung, das Gelände teilweise für Wohnbebauung zu vermarkten und dafür die Halle abzureißen, ist nach Auskunft von Fachleuten aufgrund der anderen Bebauung des Grundstücks schwer realisierbar. Dazu kämen natürlich noch die Kosten für den Abriss der Turnhalle, für die Sanierung des Geländes und den Bau einer abgrenzenden Mauer zum Vereinsheim usw. All das wird mehr Kosten verursachen als die 24.000 €, die jährlich für die Aufrechterhaltung des Betriebs kosten.

Solingen Aktiv wird deshalb wie auch schon bei der Haushaltsdebatte im September zum HSK bzw. HSP diesen Jahres gegen diese technische Schließung stimmen.

Wir werden die kinder- und jugendfeindliche – du damit zukunftsfeindliche - Politik offensichtlich aller Fraktionen auch öffentlich bekannt machen.

Redebeitrag zum Thema „Umwandlung bisheriger Hauptschulen in Sekundarschule und Gesamtschulen“ der Ratssitzung am 06.12.2012

Dass nun entsprechend den Ergebnissen der Elternumfrage die Hauptschule Central in eine Sekundarschule umgewandelt werden soll und in den Gebäuden der Hauptschule Höhscheid die 4. Gesamtschule entstehen soll, findet absolut unsere Zustimmung. Auch die Überlegungen zum zukünftigen Einbezug anderer vorhandener Schulgebäude als Dependancen finden wir richtig.

Immer mehr Eltern sind schon seit Jahren mit der zu frühen Aufteilung ihrer Kinder nach dem 4. Schuljahr in Hauptschule, Realschule oder Gymnasium nicht mehr einverstanden, wie man deutlich an den Anmeldezahlen der letzten Jahre ablesen kann. Seit Jahren schon müssen hunderte Kinder an den vorhandenen 3 Gesamtschulen in Solingen abgewiesen werden, weil die Kapazitäten nicht ausreichen.

Nachdem nun durch die stark zurückgehenden Schülerzahlen an den Hauptschulen deutlich wird, dass diese Schulform von den Eltern nicht mehr angenommen wird, reagierte die Politik mit einem Angebot an die Eltern, ihren Willen in einer Umfrage deutlich zu machen.

Solingen AKTIV begrüßt diese Umfrage ausdrücklich, auch wenn durch die Art der Formulierung manche Fragen nicht eindeutig zu beantworten waren.

Wir freuen uns, dass diese Umfrage bei 50%iger Beteiligung und in ihrer Eindeutigkeit für die Gesamtschule ein wichtiger Ausgangspunkt war, dass heute diese 4. Gesamtschule endlich beschlossen wird. Dazu kann man nur sagen: mehr solche direkte Bürgerbeteiligung, Umfragen und ähnliches für Solingen!

Es war schon immer unser Anliegen, Kindern ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Deshalb lag die Priorität von Solingen AKTIV, auch und gerade bei allen schulpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre, immer auf der Einrichtung einer weiteren Gesamtschule.

Allerdings ist heute nicht der Tag, sich auf die Schulter zu klopfen. Wir freuen uns, dass sich heute „der Elternwille“ durchsetzt. Aber man muss auch kritisieren, dass dieser 10 Jahre lang ignoriert und in den Wind geschlagen wurde. Schon vor zehn Jahren wurden mit einem Bürgerbegehren 7.000 Unterschriften für eine 4. Gesamtschule gesammelt. CDU und FDP haben jahrzehntelang aktiv gegen die Gesamtschulen gearbeitet. Aber auch die SPD hat damals keine gerade rühmliche Rolle gespielt und das ganze Anliegen schließlich abgewürgt.

Auch in den letzten Jahren wurden schon eine Reihe Schulen geschlossen, deren Gebäude man hätte für eine 4. Gesamtschule nutzen können. Unsere Vorschläge dazu wurden hier im Rat nie aufgegriffen.

Die Idee der neuen Sekundarschule ist uns in diesem Falle schlüssig. In Sekundarschulen lernen Kinder ebenfalls gemeinsam - ähnlich wie in Gesamtschulen. Allerdings verfügt die Sekundarschule nicht über eine eigene gymnasiale Oberstufe, sondern soll mit weiterführenden Schulen wie hier dem Gymnasium Vogelsang und dem Berufskolleg zusammenarbeiten. Das passt gut in die Solinger Schullandschaft mit dann 4 Gesamtschulen.

Einen großen Vorteil sehen wir darin, dass für beide neu zu gründenden Schulen die Klassenfrequenzrichtwerte auf 25 Kinder pro Klasse gesetzt wurden, was bei integrierter Beschulung auch zwingend notwendig ist. Das ist eher schon die Obergrenze, gerade bei den heterogen zusammengesetzten Gesamtschul- und Sekundarschulklassen.

Lassen sie mich zum Schluss anmerken, dass diese Entscheidung für mich auch ein Ausdruck dafür ist, dass man gesellschaftliche Vorurteile abbauen kann, die einem manchmal wie in Stein gemeißelt vorkommen. Als ich Anfang der 1990er Jahre auf die Geschwister-Scholl-Gesamtschule kam, war diese erst wenige Jahre zuvor von einem Gymnasium umgewandelt worden. Die CDU hatte damals Unterschriften gegen die Umwandlung in eine Gesamtschule gesammelt unter dem Motto „auf eine Gesamtschule gehen nur Asoziale und Kommunisten“. Dass heute ein Großteil der Solinger Eltern ihre Kinder auf einer Gesamtschule anmelden wollen, dass sogar der ganze Stadtrat für diese Schulform stimmt zeigt, wie sich doch die Zeiten verändern können!